

Schicksalstag der deutschen Geschichte muss gesamtdeutsch in Erinnerung bleiben

9. November sollte bundesweiter Projekttag an Schulen sein

Der 9. November gilt als Schicksalstag in der deutschen Geschichte. Er markiert den Beginn der ersten Republik, das Scheitern des Hitlerputsches, das Signal für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und den Sturz der Berliner Mauer. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann:

„Der 9. November hat unsere deutsche Geschichte wie kein anderer Tag geprägt: Novemberrevolution 1918, Hitlerputsch 1923, Reichspogromnacht 1938 und Mauersturz 1989. Freiheits- und Demokratiebewegung auf der einen Seite, Verfolgung und Menschenhass auf der anderen Seite.

Der 9. November ist einer der dunkelsten und der glücklichsten Tage in unserer Geschichte. Er spiegelt den Kampf um die Demokratie: ihre Siege, aber auch ihre furchtbaren Niederlagen.

Aber wer weiß das? Laut aktueller Umfrage im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung gibt es erschreckende Wissensdefizite. Nur 13 Prozent verbinden mit dem 9. November die Pogromnacht, 31 Prozent den Mauersturz, über die Hälfte der Befragten - nichts.

Dies muss uns als Demokraten umtreiben. Denn es geht am 9. November um unsere Geschichte, die uns bis heute prägt. Und es geht um unser Verhältnis zu Demokratie und Menschenrechten.

Deshalb muss der 9. November in unserem kollektiven Gedächtnis und Bewusstsein verankert werden. Eine unmittelbare Chance dazu bieten die Schulen. Die Wegmarken unserer Demokratie müssen in den Lehrplänen Platz einnehmen können. Ein bundesweiter Projekttag an Schulen würde dafür den notwendigen Raum bieten. Demokratie braucht ihren Platz.

Wie Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit gelingen kann, zeigen die Gedenkstätten in Deutschland. In den letzten 16 Jahren wurden unter Führung der Union die pädagogische Vermittlungsarbeit finanziell gestärkt, das Zeitzeugenbüro und das Bundesprogramm ‚Jugend erinnert‘ ins Leben gerufen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich auch weiterhin für eine gute Ausstattung der Arbeit der Gedenkstätten einsetzen. Dazu gehören auch Projekte wie die Digitalisierung der Zeitzeugenarbeit. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung die konsequente Umsetzung der von der Union initiierten Beschlüsse zum Freiheits- und Einheitsdenkmal, dem Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte und dem Zentrum für Opposition und Widerstand.“